

Versorgungsgrade gemäß der Bedarfsplanungsrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses vor. Da auf Grund der darin vorgegebenen Mittelbereichs-Zuordnung keine kommunenscharfe Abbildung der Ist-Situation und Prognose möglich war, stellten die Fraktionen CDU und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN am 13.11.2018 ergänzend einen Antrag. Mit diesem wurden einerseits die erforderlichen Daten zur Entwicklung von Maßnahmen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung eingefordert und andererseits die Kreisverwaltung aufgefordert, den Dialog „...mit den Vertretern der kreisangehörigen Kommunen und den im Kreisgebiet niedergelassenen Ärzten zur Entwicklung und Koordinierung möglicher Maßnahmen aufzunehmen bzw. zu intensivieren.“ Zwischenzeitlich wurden seitens der KVNO weitere Daten zur Verfügung gestellt, insbesondere kommunenscharfe Darstellungen zur hausärztlichen Versorgung. Vorab wurden einige zusätzliche Folien mit der Niederschrift zu der o.g. Sitzung übersandt. Diese wurden auch nochmals explizit in der kreisweiten Sozial- und Jugendhilfedezernentenkonferenz am 23.11.2018 präsentiert und das Thema der Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung ebenfalls mit dem Vertreter der KVNO in diesem Gremium diskutiert. Die dort übermittelten Unterlagen sind dieser Vorlage als Anlage Nr. 2 beigefügt.

Es ist zu erkennen, dass eine sehr heterogene Versorgungssituation im Rheinisch-Bergischen Kreis besteht. In Kenntnis dieser Datenlage wurden verschiedene Möglichkeiten des weiteren Vorgehens diskutiert und ein erneuter Austausch zu den Möglichkeiten in der nächsten Sitzung der Sozial- und Jugendhilfedezernenten am 15.03.2019 vereinbart.

Eine erste orientierende Rückfrage der Verwaltung bei den Kommunen zeigt auch aktuell unterschiedliche Vorgehensweisen in den einzelnen Kommunen. Dies ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bedarfseinschätzungen zu betrachten. Teilweise wird daher kein aktueller Handlungsbedarf für konkrete Maßnahmen zur Gegensteuerung gesehen.

Bekanntlich sind in einigen Kommunen, wie beispielsweise in Wermelskirchen und Kürten Podiumsdiskussionen zu diesem Thema durchgeführt worden. Andere Kommunen beabsichtigen hierzu noch Bürgerinformationsabende anzubieten. In Wermelskirchen wurde darüber hinaus ein ständiges Gremium zur Begleitung des Themas gegründet. In einigen Kommunen wurde die Thematik in den politischen Fachausschüssen aufgegriffen und Kontakte zur KV bzw. KVNO geknüpft um die Thematik vor Ort weiter aufzugreifen. Hierzu soll ein weiterer Austausch in dem o.g. Termin zwischen den Verwaltungen erfolgen. Hierbei wird auch eruiert werden, inwieweit kreisweite Aktivitäten als sinnvoll erachtet werden bzw. die Kreisverwaltung hierbei eine koordinierende oder auch unterstützende Rolle übernehmen soll.

Die Verwaltung wird über den weiteren Verlauf der Abstimmungen mit den kreisangehörigen Kommunen berichten.

Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein
Die Mittel stehen im Haushaltsplan zur Verfügung	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein (s. Beschlussvorschlag)
Die Maßnahme verursacht		
<input type="checkbox"/> keine Folgekosten		
<input type="checkbox"/> Folgekosten in Höhe von		
einmalig	Euro	
jährlich	Euro	
<hr style="width: 20%; margin-left: auto;"/> Markus Fischer		